66. Jahrgang

Anzeigen-Preis:
Die 10gespalt. Zeile 5,00 M., Reklameteil 20,– M. Stellungsuchende 2 Mark

Als besondere Beilagen erscheinen: Zinsschein-Kalender, Allgemeine Verlosungslisten mit Restantenlisten, Ziehungslisten der Preußischen Süddeutschen Klassenlotterie und viele andere tabellarische Uebersichten

Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal

Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten

Berliner Börsen-Zeitung

Morgen-Ausgabe

Nummer 279.

Bezugs-Preis:
Vierteljährlich 36,– Mk., monatlich 12,– Mk., bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterr., des tschechoslowak. Staates, Ungarn, Luxemburg, Schweiz, Niederlande, Dänemark, Schweden, Norwegen und Bulgarien. Für das übrige Ausland ist der Bezug nur unter Streifband mit dem nötigen Porto-Aufschlag durch die Expedition dieser Zeitung zulässig.

Bestellungen werden außerdem angenommen bei sämtlichen Zeitungsspediteuren und unserer Geschäftsstelle

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone“ | Fernspr. der Schriftl.: Zentrum 243 u. 12352 | Schriftleitung u. Geschäftsst.: W 8, Kronenstr. 37 | Sonnabend, 18. Juni 1921 | Fernspr. d. Druckerei: Zentrum 2488 | Postscheck-Konto: Berlin 26412 | Einzelpreis 30 Pf.

Die nächsten Leipziger Prozesse.

Die Verhandlungen vor dem Reichsgericht in Leipzig haben zurzeit eine Pause erfahren, die voraussichtlich bis zum Ende dieses Monats anhalten wird. Dann wird in der Aburteilung der „Kriegsverbrecher“ fortgefahren und zwar gelangen zunächst eine Reihe von Fällen, die auf der französischen Liste verzeichnet sind, zur Aburteilung. Am 29. Juni beginnt der Prozeß gegen den General Stenger und den Major Crusius. Die französische Liste wirft Stenger, der übrigens im Kriege ein Bein verloren hat, vor, daß er als Kommandeur der 58. Infanterie-Brigade im August 1914 in Frankreich den Befehl gegeben habe, keine Gefangenen zu machen und alle Franzosen, die verwundet in die Hände seiner Truppen fallen würden, ebenfalls niederzumachen. Major Crusius, der damals Hauptmann in dem zur 58. Infanterie-Brigade gehörenden badischen Infanterie-Regiment Nr. 112 war, soll, wie die Franzosen behaupten, diesen Befehl seines Brigadekommandeurs auch buchstäblich ausgeführt haben. General Stenger wird vom Rechtsanwalt Lemke-Bremen, Major Crusius von Rechtsanwalt Fitzau-Torgau verteidigt werden. Die Anklage wird vom Oberreichsanwalt Dr. Ebermeier vertreten werden. Die nächste Verhandlung wird sich gegen den im August 1914 ebenfalls dem Infanterieregiment 112 angehörenden Leutnant Laule richten, der auf Grund des Befehls des Generals Stenger angeblich einen verwundeten französischen Kapitän durch mehrere Revolverschüsse getötet habe.

Am 8. Juli wird sich der frühere Gouverneur von Kassel, Generalleutnant von Schack und der frühere Kommandant des Gefangenenlagers Niederzwehre bei Kassel, Generalmajor Kruska, vor dem Reichsgericht zu verantworten haben. Beiden Angeklagten wirft die französische Liste vor, im Oktober und November 1914 3000 Franzosen im Lager Niederzwehren vorsätzlich und mit Ueberlegung dadurch getötet zu haben, daß mit Flecktyphus behaftete Russen unter die französischen und englischen Kriegsgefangenen absichtlich gemischt worden seien. Bei dieser Verhandlung, zu der eine große Anzahl medizinischer Sachverständiger geladen wird, werden die Zustände im Lager Niederzwehren, einem der größten Gefangenenlager Deutschlands, eingehend erörtert werden. Seitens der Entente wird behauptet, daß von Schack und Kruska nichts zur Verbesserung der stark vernachlässigten sanitären Anlagen des Lagers getan hätten. Beide Angeklagte werden von Rechtsanwalt Dr. Luetgebrune-Göttingen verteidigt. Die Anklage wird auch hier von Oberreichsanwalt Dr. Ebermeier selbst vertreten. Zu diesen Prozessen wird in Leipzig eine französische Justizkommission sowie eine Anzahl französischer Zeugen erwartet. Die Angaben über General Stenger, Major Crusius und Leutnant Laule sollen von elsässischen Ueberläufern stammen.

Während der Gerichtsferien werden keine Verhandlungen vor dem Reichsgericht stattfinden. Nach den Ferien soll dann der Prozeß gegen den Oberst von Kaiser wegen Erschießung französischer Geiseln beginnen.

Belgien gegen den Leipziger Freispruch.

Brüssel, 17. Juni.

Agence Belgemeldung.

In der Kammer teilte der Justizminister den Bericht mit, den die zum Reichsgericht in Leipzig in dem Verfahren wegen Grausamkeiten von Grammont entsandten Delegierten erstattet haben. Der Minister des Auswärtigen hat den belgischen Gesandten in Berlin telegraphisch angewiesen, unverzüglich **gegen den Freispruch zu protestieren**, der im Lande allgemeine Empörung hervorrufe, und darauf hinzuweisen, daß die belgische Regierung beabsichtigt, die ihr aus den Artikeln des Vertrages von Versailles zustehenden Rechte in vollem Umfange aufrechtzuerhalten. Die Regierung wird sich mit den alliierten Regierungen ins Einvernehmen setzen, um diesen Rechten nachdrückliche Wahrung (Sanktion) zu sichern. Der Minister erklärte indessen, er habe die Gewißheit, dem Gefühl des belgischen Volkes zu entsprechen, wenn er bereits jetzt gegen das Urteil des Reichsgerichts schärfsten Protest erhebe. Der Präsident der Kammer erklärt darauf, die Kammer sei einmütig in der Geißelung der Leipziger Justizparodie. (Allseitiger Beifall.)

Gefahr für das Saargebiet.

Mtb Saarbrücken, 17. Juni.

Wie die „Saarbrücker Landeszeitung“ berichtet, ist die Tagung des Völkerbundsrates, die am 17. Juni in Genf beginnt, für das Saarland von allergrößter Bedeutung. Es werden mehrere Beschwerden des deutschen Auswärtigen Amtes verhandelt werden, die sich gegen den politischen Kurs richten, in den das Saargebiet offenbar bis zur Abstimmung im Jahre 1935 hineingesteuert werden soll. Es handelt sich dabei darum, ob der äthnographische Charakter des Saargebietes erhalten bleiben oder ob er derart verfälscht werden darf, daß sich dieser Umstand bei der in 13½ Jahren stattfindenden Abstimmung fühlbar machen kann. Das Auswärtige Amt erinnert an die feierliche Verpflichtung der Väter des Friedensvertrages, die erworbenen Rechte der Saarbevölkerung zu behüten und ihre Wohlfahrt zu fördern. Wenn nicht einmal das erworbene Wohnsitzrecht und die Freizügigkeit gewahrt bleiben, sei im Saargebiet keine gesicherte Existenz mehr möglich. Die Ausweisungen seien gesetz- und vertragswidrig. Ferner heißt es in dem Artikel, daß der Beschluß des auswärtigen Ausschusses der französischen Kammer, die gesamte Organisation des Saargebietes zu prüfen, völkerrechtswidrig sei. Das Saargebiet unterstehe nicht der französischen Regierung, sondern dem Völkerbunde. Würde etwa auch einer deutschen Kommission dasselbe Recht eingeräumt werden? Nichts wäre dem Saargebiet erwünschter, als wenn an Ort und Stelle selbst ein Prüfung der Organisation des Saargebiets unter Heranziehung der politischen und wirtschaftlichen Führer erfolgte, aber dies dürfte nicht durch eine französische Kommission, sondern durch den Völkerbund und Neutrale geschehen.

Die französischen Absichten, das Saargebiet westlich zu orientieren, obwohl es rein deutschen Charakter hat und während der letzten tausend Jahre nur 68 Jahre nicht zur deutschen Gebietshoheit gehört hat, seien wenig selbstlos, sodaß die Saarländer keine Ursache hätten, sich den Fittichen der französischen Abgeordneten anzuvertrauen.

Oberschlesien an die Entente.

Anklage gegen die J. A. K.

Kattowitz, 17. Juni.

Die deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens haben folgendes Telegramm an die Ministerpräsidenten Lloyd George in London, Briand in Paris und Giolitti in Rom gerichtet:

In der Nacht zum 3. Mai 1921 ist in Oberschlesien der bis in die geringsten Einzelheiten planmäßig vorbereitete polnische Aufstand ausgebrochen. Heute, sechs Wochen nach dem Beginn des Aufstandes stellen wir die tatsächliche Lage fest.

In dem Machtbereich des französischen Generals Le Comte Denis sind mit seiner Zustimmung die wichtigsten Bahnhöfe: Beuthen am 26. Mai, Tarnowitz am 31. Mai und Kattowitz am 4. Juni den Insurgenten ausgeliefert worden. Die Aufständischen benutzen die Eisenbahnlinien zum Transport von Truppen und Kriegsgerät. Der Aufstand richtet sich gegen die Interalliierte Kommission. Trotzdem haben französische Stellen der Interalliierten Kommission durch die Auslieferung der genannten Bahnhöfe den Aufstand unterstützt. Die Rebellen führen mit geraubten deutschen Lokomotiven und Eisenbahnwagen aus den oberschlesischen Gruben geförderte Steinkohle nach Polen. Die Interalliierte Kommission ist verantwortlich für das ihr zu treuen Händen anvertraute Abstimmungsgebiet, sie hat weder gegen den Raub der Verkehrsmittel, noch gegen den unrechtmäßigen Abtransport von Kohle etwas unternommen.

Seit dem 3. Mai ist das Wirtschaftsleben Oberschlesiens gelähmt. Niemals ist die wirtschaftliche Abhängigkeit Oberschlesiens von Deutschland und seine unlösbare Verbindung mit Deutschland augenfälliger bewiesen worden. Für die Gruben und Hütten fehlen die erforderlichen Betriebsmittel, die Reserveteile, Schmiermittel, Sprengstoffe u. a. Den Hütten fehlen die Rohstoffe. Für die Porduktion fehlen die Absatzmärkte und die Aufträge, sodaß den Gruben und Hütten völlige Stillegung und mehr als 200 000 Arbeitern Erwerbslosigkeit droht.

Auf das schärfste betroffen ist auch die oberschlesische Landwirtschaft. Abgesehen von der Entziehung von Arbeitskräften haben die Insurgenten rücksichtlos die für den Betrieb der Landwirtschaft notwendigen Zugtiere und Wagen fortgenommen, große Mengen Zuchtvieh abgeschlachtet und dadurch die Ernährung Oberschlesiens für lange Zeit aufs ärgste geschädigt.

Heute, **sechs Wochen nach Beginn des Aufstandes organisiert Korfanty eine Miliz.** Er läßt zwangsweise Oberschlesier, auch deutschgesinnte, zum Waffendienst ausheben. Die von der Interalliierten Kommission eingesetzte Zensurstelle duldet die Veröffentlichung dieser Anordnung in der polnischen Presse. Zur Finanzierung des Aufstandes haben die Insurgenten eine besondere Steuer ausgeschrieben und die Zahlung der gesetzlichen Steuern an die rechtmäßigen Behörden verboten. Die interalliierte Zensurstelle hat keine Veranlassung gefunden, die Veröffentlichung dieser Anordnungen zu verhindern.

Uns ist nichts davon bekannt, daß die Interalliierte Kommission auch nur in einem einzigen Falle die ihrer Autorität hohnsprechenden Verordnungen der Insugenten öffentlich als für die Bevölkerung unverbindlich bezeichnet hätte.

Tausende von gefährdeten Menschen sind in die Städte geflüchtet. Die Interalliierte Kommission hat die Sorge für deren Unterhalt, Unterbringung und Verpflegung ausschließlich der deutschen Bevölkerung überlassen und sich nicht im geringsten um die Not dieser Unglücklichen gekümmert.

Tausende von Arbeitern, Angestellten und Beamten sind von ihren Arbeitsstätten ausgesperrt und erwerbslos, in wirtschaftlicher Not. Die Interalliierte Kommission hat sich ihrer noch in keiner Weise angenommen. Wegen der Verwundung von drei französischer Soldaten und der Gefangennahme einiger Franzosen durch Angehörige des deutschen Selbstschutzes sind bei der deutschen Reichsregierung die nachdrücklichsten Vorstellungen erhoben worden. Hunderte von Deutschen sind in Oberschlesien hingemordet, und noch immer ereignen sich Mordtaten, noch immer laufen täglich Meldungen über bestialische Mißhandlung von Deutschen, nur um ihres Deutschtums willen, ein. Tausende von Deutschen schmachten in polnischen Gefangenenlagern. Zur Sühne der Verbrechen, zur Hilfeleistung für die Gefangenen, zum Schutze der hunderttausenden von bedrohten friedlichen Oberschlesiern ist noch kein wirksames Mittel angewendet worden.

Schon seit Anfang Juni befinden sich die von England gestellten Truppenverstärkungen in Oberschlesien. Noch immer gebärden sich die Aufständischen unbestritten und unangefochten als **Herren der Lage. Wir** geben den leitenden Staatsmännern der für Oberschlesien verantwortlichen Mächte von diesen Zuständen Kenntnis, damit sie die Interalliierte Kommission anweisen, endlich in dem gequälten Oberschlesien Recht und Gesetz wiederherzustellen.

Frankreich und die neue deutsche Oberschlesiennote.

Neue Anmaßung des „Temps“.

EE Paris, 17. Juni.

Der deutsche Botschafter Dr. Mayer überreichte gestern im französischen Ministerium des Aeußern die deutsche Note über Oberschlesien. Nach dem „Temps“ wird die französische Regierung diese Note unbeantwortet lassen. Die Alliierten werden „einfach auf der Durchführung des Friedensvertrages in Oberschlesien bestehen. Sie werden auf ihre Politik in dieser Beziehung, die eine interalliierte Politik ist, nicht verzichten.“ Weiter erklärt das Blatt, es werde sich für die Deutschen nicht allein darum handeln, den General Höfer und den 12 gliedrigen Ausschuß, wie man in Berlin anzunehmen scheine, zur Mäßigung anzuhalten, sondern den Selbstschutz zum völligen Gehorsam zu bringen. Dieser habe sich den Anordnungen der Interalliierten Kommission zu unterwerfen. Der Friede könne im Abstimmungsgebiet nicht hergestellt werden, wenn eine der streitenden Parteien den Gehorsam verweigere (und Korfanty? D. Red.). Die deutsche Regierung solle deshalb auch den Eindruck vermeiden, daß sie ihr Vertrauen auf Meinungsverschiedenheiten unter den alliierten Regierungen setze. Vielmehr sollte sie ihren ganzen Einfluß der von entscheidender Wirkung sein könnte, aufbieten, damit die deutschen Organisationen in Oberschlesien das tuen, was die Interalliierte Kommission von ihr verlangt.

Das Pariser Tauschgeschäft.

London, 17. Juni.

„Evening Standard“ meldet: **Lord Curzon ist heute vormittag nach Paris abgefahren, um wichtige Vorbesprechungen mit Briand bezüglich der Politik der Alliierten in Oberschlesien und im Osten zu führen. Lord Curzons Besuch in Paris wird vielleicht einer baldigen Zusammenkunft des Obersten Rates, die in Aussicht stand, aber noch nicht endgültig festgesetzt war, vorbeugen, die Fragen, die erörtert werden müssen, sind so dringend, daß damit nicht bis zur Zusammenkunft des Obersten Rates gewartet werden kann. Von der Konferenz zwischen Briand und Curzon erhofft man viel. Die zwischen England und Frankreich schwebenden Fragen werden einer Lösung wesentlich näher gebracht werden und eine einheitliche Politik der Alliierten wird festgesetzt werden. „Evening Standard“ zufolge wird sich zeigen, daß England sich der Haltung Frankreichs in Oberschlesien „sympatisch“ verhalten wird, während mit Bezug auf die Türkei die britische Politik das Uebergewicht erlangen soll.**

Briand wünscht keine Diskussion

Paris, 17. Juni.

In der Kammer erklärte Ministerpräsident Briand, im Augenblick halte er jede Auseinandersetzung über die Lage im nahen Osten für verfehlt. Die Regierung wolle das Land nicht leichtfertig in eine gefährliche Politik verstricken. Er bitte, die Diskussion aufzuschieben. Der Antrag, den Zeitpunkt der Debatte erst später zu bestimmen, wurde mit 427 gegen 11 Stimmen angenommen.

Gefangenenaustausch.

Oppeln, 17. Juni.

Durch Vermittlung des Genfer Roten Kreuzes ist im Aufstandsgebiet ein Austausch deutscher und polnischer Gefangener vorgenommen worden. In Rosenberg sind gestern 369 Deutsche eingetroffen, die in Internierungslagern von Neu-Berun und Lublinitz gefangen gehalten worden sind. Die Ausgetauschten sind zum allergrößten Teil **körperlich und seelisch in traurigster Verfassung.** Im Kreise Rosenberg ist die Stimmung der deutschen Bevölkerung auch nach der Besetzung einzelner Orte durch die Truppen der Alliierten sehr erregt. Da sich **erneut polnischer Terror** sehr stark bemerkbar macht, verlassen zahlreiche deutschgesinnte Oberschlesier unter Mitnahme ihres notwendigen Hausrates das Gebiet und **fliehen westwärts.**

Möhl und Epp.

F München, 17. Juni.

Im Rahmen der Durchführung des Entente-Ultimatums sind Veränderungen in den Kommandostellen des bayerischen Kontingents der Reichswehr notwendig. Die Nachrichten darüber haben hier starke Erregung verursacht, da es hieß, daß sowohl General von Möhl, wie auch der bekannte, hier sehr populäre Oberst von Epp künftighin außerhalb Bayerns Verwendung finden sollen. Wie wir dazu aus unbedingt zuverlässiger Quelle erfahren, geht General von Möhl nicht ungern nach Kassel. Es würde dies sogar seinem Wunsche entsprechen, um so mehr, als ja bekanntlich das bayerische Kontingent der Reichswehr dem Wehrkreiskommando Kassel unterstellt ist. General von Möhl könnte also seine bisherigen Beziehungen in Bayern voll und ganz aufrechterhalten. Anders ist es im Fall Epp. Oberst von Epp hat keine Lust, Bayern zu verlassen. Er will sogar lieber auf seine Beförderung verzichten, soweit dies bei einem Offizier überhaupt möglich ist. General v. Seeckt wird, wie wir hören, voraussichtlich einige Tage nach Bayern kommen, um mit den betreffenden Herren Rücksprache über die Angelegenheit zu nehmen.

Die slowakischen Losreißungsbestrebungen.

TU Prag, 17. Juni.

Der polnische Geschäftsträger in Prag machte der tschechoslowakischen Regierung Mitteilungen über die Stellungnahme der polnischen Regierung zur **Bildung einer sogenannten provisorischen Regierung der Slowaken in Warschau.** Die polnische Regierung hat eine strenge Untersuchung des Falles zugesagt, da sie das Treiben der slowakischen Irredentisten auf polnischem Boden als grobe Verletzung des Asylrechtes betrachtet. Die Angelegenheit findet hier erhöhte Aufmerksamkeit nicht so sehr wegen der slowakischen Umtriebe, die der durch seine Beziehungen zu Budapest bekannte Professor Jehlicka leitet und denen man keine politische Bedeutung beimessen kann (?), als vielmehr wegen des Umstandes, daß die polnische Regierung ausdrücklich Wert darauf legt, die Prager Regierung aufzuklären. In jüngster Zeit mehren sich die Anzeichen, die darauf hindeuten, daß man in Warschau eine neue versöhnliche Orientierung in der Politik gegen die Tschechoslowakei herbeizuführen wünsche.

— **In der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft** sprach gestern abend der Staatssekretär im Reichspostministerium Dr. Bredow über den Wiederaufbau des deutschen Weltnachrichtenverkehrs. Eine größere Anzahl von Vertretern der Regierung, der Parlamente, sowie führende Männer des Wirtschaftslebens und der Wissenschaft nahmen an der Veranstaltung teil. Der Vortragende gab eine umfangreiche Darstellung von dem jetzigen Stande des deutschen, den Verkehr mit dem Auslande vermittlenden Post-, Telegraphen- und Funkenverkehrs.

Vor dem Zerfall.

Leopold Wölfing, der frühere Erzherzog Leopold von Oesterreich, läßt im Verlage von O. Goldschmidt-Gabrielli, Berlin-Wilmersdorf, ein Buch erscheinen unter dem Titel „Habsburger unter sich, Freimütige Aufzeichnungen eines ehemaligen Erzherzogs“. Wir entnehmen dem Buche, das ein umfassendes und farbenreiches Bild der Aera Franz Josephs gibt, ein Kapitel, in dem geschildert wird, wie in dem Völkerchaos der ehemaligen Doppelmonarchie die Zerfallskeime wucherten. D. Red.

Bunt zusammengewürfelt wie die Monarchie an Völkerschaften mit den verschiedensten Gebräuchen, Sitten, Religionen, Kulturstufen, Sprachen und typischen Eigentümlichkeiten waren naturgemäß auch Armee und Marine. In der letzteren waren vor allem die kroatische Küstenbevölkerung, Fischer, Küsten- und Großschiffahrtstreibende und die weiteren Anwohner vertreten, die italienische Bevölkerung der Küstenstriche Triest, Pola, Fiume, Zara, Spalato, Ragusa, die der Wandertrieb zur Marine leitete. Die Dienstsprache war Deutsch, aber der Verkehr vollzog sich in dem italienischen Dialekt, der an der Küste überall gesprochen wurde, und im serbo-kroatischen, das die Einheitssprache der südslawischen Völker von der Drau bis zur Morawa bildet. Zur Zeit meines Dienstes bei der Kriegsmarine, Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre, war von agitatorischen Bewegungen von Seiten des Panslawismus und der Irredenta insofern wenig zu merken, als auf den Schiffen, die sich in Mission befanden, sowie auf den Uebungseskadern ein enger Zusammenschluß aller sich von selbst ergab, da man gemeinsam gegen den elementaren Feind, Wind und See, zu kämpfen hatte und das Prinzip „Viribus unitis“ sich hier von seiner patriarchalischesten Seite bewahrheitete.

Allerdings tendierten die Slawen, soweit unter ihnen intelligentere Städter waren, nach einem vagen Ziele ihrer politischen Sehnsucht: der Einheit der Slawen, wenn nicht aller, so doch der Südslawen; freilich waren auch unter ihnen große Gegensätze, die sich einer solchen Vereinigung entgegenstellten. Die Slowenen, leichtblütiger als die Kroaten, ihre Nachbarn, aber gemeinsam mit ihnen zum überwiegenden Teile katholisch, standen den Serben griechisch-orthodoxen Glaubens aus diesem Grunde wenn nicht feindselig, so doch ablehnend gegenüber. Die Schrift der Serben, die Cyrillika, war den Lateinschreibern der westlichen Slawen unverständlich, weil unleserlich. Das Lebensinteresse der Dalmatiner konzentrierte sich auf die See, während landeinwärts eines schmalen Küstenstreifens die Interessen mehr dem Inlande zugewandt waren und mangels von praktikablen Verbindungen mit dem Meere sich wohl jenem zuwenden mußten. Somit war zu meiner Zeit ein Zusammengehen nicht ausgesprochen, obwohl eine eifrige und geheimgehaltene, weil streng bestrafte Agitation die Hoffnung nicht aufgab, es zur Verschmelzung der Südslawen wenigstens unter der Vorherrschaft Serbiens zu bringen. Der kroatische Bauer, der dalmatinischen Fischer, der wortkarge und stolze Bosniake und Herzegovce und der erst seit kurzer Zeit seiner Unabhängigkeit beraubte Krivoscianer des Gebietes der Bocche di Cattaro hatten keinerlei Interesse, daß ihre politische Lage geändert werde. Genügsam wie sie waren, ging es ihnen gut, sie wünschten nichts anderes, als nach vierjähriger Dienstzeit ihre Ersparnisse nach Hause zu bringen, um ihr beschauliches oder gefahrvolles Handwerk weiter zu betreiben.

Anders die italienische Bevölkerung der Städte. Unruhiges Blut, leicht entflammbar, bei jeder geheimen Wühlerei schon aus kindlicher Neugierde und um eventuell dabei eine Rolle zu spielen, mit Leib und Seele dabei, intelligent, aber moralisch tiefstehend, waren sie das gerade Gegenteil des Gros des Marinekontingents der Slawen. Aber sie waren leicht zu führen und zu lenken, wenn auch nach ihrer Ansicht die unerläßliche straffe Disziplin, die ja auf Kriegsschiffen besonders einschneidend ist und sein muß, als ein unnötiger Zwang empfunden wurde. Zum Teil auch Seefahrer, waren sie flink und gewandt, vertrugen sich gut mit den anderen Nationen; da sie in der Minderzahl waren, hielten sie untereinander fest zusammen. Wenn des Abends in der Feierstude die Gruppen auf dem dämmrigen Deck, in Dunkelheit gehüllt, beieinander hockten, wenn die Segel gleichmäßig gefüllt oder die Maschine wie eine Uhr die Schläge der Pleuelstange rhythmisch dumpf folgen ließ, so hörte man den eintönigen, vielleicht von einer „Gusla“ begleiteten Gesang der Slawen, anderswo sang ein Chor ein italienisches Lied, bald scherzend, bald wehmütig, bald eine Arie mit musikalischem Gefühl und Schwung, deren Text aber von einem Improvisator zu einer greulichen Lästerlichkeit umlibrettiert war. Die anderen Elemente, meist Wiener und Ungarn, waren in zu geringer Zahl, um eine Stimme zum Orchester zu liefern, und wieder einander zu fremd, um sich zu vereinigen. Ich habe es öfter versucht, einen solchen Chor zusammenzubringen, aber die Deutschsprechenden schlossen sich lieber den Italienern an und gröhlten mit, als daß sie sich zusammengetan hätten. Es ist ja begreiflich, der Kärtner, der Steirer, der Tiroler, der Südmähre, der Schlesier, der Inneröstereicher, alle haben sie andere Interessen, die sich in der einfach gearteten Interpretation des Liedes äußern; jeder singt den gleichen Text auf seine Weise, oder dieselbe Melodie hat einen verschiedenen Text. Es war ähnlich wie beim Turmbau zu Babel. Selbst unter den einzelnen Vertretern der deutschen Stämme war keine Einigkeit, wie sollte sie erst im Reiche zwischen so grundverschiedenen Nationen, wie die passiven Slawen, die forschen Magyaren, die heftigen Italiener und die durch die gemeinsame Dienstsprache scheinbar vorherrschenden, duldsamen Deutschen erreicht werden. Jede Nation wollte obenan sein, jede das Ohr des Monarchen haben, jede war von der anderen irgendwie benachteiligt, übervorteilt, betrogen worden. Nur in einem einzigen Punkte aber waren sie einig und blieben sie einig, freilich nur bis gegen Jahrhundertsende: in ihrer Anhänglichkeit und Verehrung für die Person des Monarchen, für Franz Joseph, den gemeinsamen Vater aller, der von dem Begriffe Oesterreich nicht zu trennen war.

Franz Joseph hielt Oesterreich zusammen. Daß er einmal nicht mehr sein würde, konnte man sich beinahe nicht vorstellen; aber das war klar, daß, wenn dies einträte, die Herde tatsächlich ihren Hirten verloren haben, daß sie dahin und dorthin irren und den lockenden Wölfen im Schafspelz in den Rachen laufen werde.

Die älteren Unteroffiziere hatten lange genug das deutsche, österreichische Empfinden kennen gelernt und waren sich bewußt, daß sie nur einem Herrn dienen konnten. Sie